

## - ☐☐ **Ägypten: Keine Militärgewalt gegen Demonstranten**

Am Montagabend gab das ägyptische Militär bekannt, dass es keine Gewalt gegen die Bevölkerung einsetzen werde. Es halte den Widerstand und die Forderungen der Opposition vielmehr für legitim. Nach Medienberichten war es bereits in den vergangenen Tagen teilweise zu Verbrüderungen von Demonstranten und Soldaten gekommen.

Berichtet wurde, dass Einwohner in der Gegend des Tahrir-Platzes, zentraler Kundgebungsort in Kairo, sowohl Demonstranten als auch Soldaten mit Nahrungsmitteln versorgten. Wenn Muslime beten, würden sie von Christen beschützt. Umgekehrt seien auch christliche Kirchen von Muslimen beschützt worden.

Dies geschehe im Zusammenhang mit der Gründung von Bürgerwehren und Schutzgruppen, die Einwohner oder öffentliche Gebäude wie etwa Museen oder Banken vor Plünderern und Vandalen schützten. Menschen reinigten die Straßen mit Wasser und befreiten sie von Müll. Eskaliert waren die Unruhen, während der ägyptische Staatschef Husni Mubarak seinen Geheimdienst-Chef Omar Suleiman zum Vizepräsidenten ernannt hatte.

Danach seien sämtliche Kräfte des Innenministeriums, darunter Polizisten, Sicherheitspersonal, Geheimdienstmitarbeiter und Feuerwehrleute abgetaucht und hätten verdeckt versucht durch Plünderungen, Vandalismus und Brandstiftungen Chaos zu erzeugen. Gefängnisse seien gezielt geöffnet worden, um Straftäter freizulassen.

Für Dienstag plant die Opposition einen Protest-Aufmarsch von mehr als einer Millionen Menschen in Kairo. Mit einem "Marsch der Millionen" soll Staatschef Mubarak zum Aufgeben gedrängt werden. Unterdessen werden auch Verschwörungstheorien lauter, die eine aktive us-amerikanische und israelische Beteiligung an den Unruhen vermuten.

Angestrebt werde demnach eine Ablösung der alten Regime im arabischen Raum durch neue, westlicher und israelischer Politik und Interessen hörige Regierungen, die etwa in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen oder vermeintliche Diktaturausübung weniger angreifbar seien. Wikileaks-Dokumente hätten gezeigt, dass

US-Diplomaten angesichts der verheerenden Menschenrechtssituation in Ägypten besorgt seien.

So seien in dem Land bislang etwa willkürliche Folterungen durch die Polizei an der Tagesordnung. Die amerikanischen Diplomaten hätten sich daher um eine Agenda der demokratischen Reformen und eines größeren Pluralismus bemüht. Jüngste offizielle Äußerungen aus Israel dagegen stützen aber weiterhin die derzeitige ägyptische Regierung.

So habe Israel nach Medienangaben die USA und europäische Staaten gebeten, ihre Kritik am Regime von Mubarak zu zügeln. Im Interesse Israels und des Westens seien stabile politische Zustände in Ägypten. Darauf beziehen sich alternative Verschwörungstheorien aus politischen Kreisen, die eine Islamisierung der Region befürchten. Radikale islamistische Kräfte könnten die Situation ausnutzen, heißt es.

Kritiker sehen dahinter sowohl "Doppelzüngigkeit" wie auch Angst westlicher Politiker davor, dass im Nahen Osten Demokratie einziehen könnte. Westliche Regierungen würden zwar öffentlich für Demokratie, Meinungsfreiheit und andere hehre Werte eintreten, hätten aber bislang die arabischen Regime unterstützt, um die Region "stabil" zu halten. Auch die westliche Islamophobie, die eine Demokratie-Unfähigkeit des Islam postuliere, sei Teil dieser politischen Strategie.

## - □ □ **Medienzensur in Ägypten**

Reporter ohne Grenzen (ROG)  
verurteilt das Verbot des arabischen  
Fernsehsenders

*Al-Dschasira*

in Ägypten. Nach Angaben der  
amtlichen Nachrichtenagentur

*Mena*

vom 30. Januar hat der

Informationsminister Anas el Fekki  
angeordnet, die Sendelizenzen von

*Al-Dschasira*

aufzuheben und die Akkreditierungen  
aller Mitarbeiter einzuziehen.

Der Satellitensender mit Sitz in Doha  
(Katar) hatte bis dahin umfassend

über die Proteste gegen die ägyptische Regierung berichtet. "Mit dem Verbot von *Al-Dschasira* versucht die Regierung die Verbreitung von Filmmaterial über die Proteste zu beschränken", sagt Jean-François Julliard, ROG-Generalsekretär. Die Entscheidung stehe in "vollständigem Widerspruch mit dem Versprechen von Präsident Hosni Mubarak vom 28. Januar, demokratische Reformen einzuleiten", so Julliard.

ROG fordert die Regierung darüber hinaus ein weiteres Mal auf, die

Zensur der Neuen Medien zu beenden. Am 27. Januar hatten die ägyptischen Behörden gegen 22 Uhr 30 die Internetverbindungen gekappt und Mobilfunknetze abgeschaltet. Während die Telefonkommunikation teilweise am 29. Januar wieder hergestellt wurde, ist der Internet-Verkehr offenbar weiter vielerorts gestört.

*Al-Dschasira* mit seinen zahlreichen Büros im arabischen Raum steht seit Jahren im Konflikt mit den meisten Regierungen in der Region. Für viele Machthaber in der arabischen Welt

gilt *Al-Dschasira* als unbequemes Medium, das auf das politische Geschehen Einfluss nehmen will. Die Regierungen werfen dem TV-Sender regelmäßig eine parteiische Berichterstattung vor.

Zuletzt wurden im Jahr 2010 *Al-Dscha sira* -Büros in Marrokko und Kuwait geschlossen. Im Jahr 2006 ließ die irakische Regierung die Niederlassungen des Senders im Land schließen. In den Städten Ramallah und Nablus im Westjordanland griffen in der

vergangenen Woche außerdem  
Anhänger von  
Palästinenser-Präsident Mahmud  
Abbas Redaktionsbüros des Senders  
an.

Die Attacken folgten auf die  
spektakuläre Enthüllung von  
Geheimdokumenten zum  
Nahost-Konflikt: Zusammen mit der  
britischen Tageszeitung *The  
Guardian* hat  
te  
*Al-Dschasira*  
die ersten von rund 1600  
Geheimdokumenten über angeblich

weitreichende Zugeständnisse der Palästinenserführung an Israel im Nahost-Friedensprozess veröffentlicht.

- **□ □ Empathie und Kooperation als Grundlage der Evolution**

Einfühlungsvermögen und Kooperation sind die Grundlage für evolutionären Fortschritt. Diese Meinung vertritt Frans de Waal, Leiter des Instituts für Primatenforschung an der Emory University in Atlanta, USA. Empathie halte unsere Gesellschaften zusammen und ermögliche uns auch das Zusammenleben in Städten, so de Waal in einem Interview in der Freitag.

Die besonders unter Ökonomen verbreitete Vorstellung, dass alles in der Natur auf Wettbewerb ausgerichtet sei, und aus diesem Grund auch eine auf Wettbewerb ausgerichtete Gesellschaft fordern, hält der Forscher für eine komplette Fehlinterpretation. Menschen seien in hohem Maße empathisch und unterstützten sich gegenseitig. Erst diese Eigenschaften hätten zum Erfolg des Menschen geführt und sollten deshalb auch in Zukunft

einen wichtigen Grundstein der Gesellschaft bilden.

Immer mehr Biologen seien sich darin einig, dass Empathie mit der Entwicklung der mütterlichen Fürsorge bei den Säugetieren entstanden ist, so de Waal.

Menschen und höher entwickelte Tiere wie Menschenaffen, Delfine und Elefanten seien darüber hinaus auch in der Lage, den Gemütszustand ihres Gegenübers zu untersuchen und

zu verstehen. Je bewusster ein Tier sich selbst wahrnehme, desto empathischer sei es für gewöhnlich auch.

Diese Sichtweise vertreten auch andere wissenschaftliche Erkenntnisse, wie etwa die sogenannte Neue Medizin. Diese belegt die Zweckgerichtetheit biologischer Reaktionen anhand spezifischer Umwelteinflüsse und deren individueller Erfahrung und Bewertung. Dies steuert

Wahrnehmung, Verhalten und Reifeentwicklung und beeinflusst damit auch Einfühlungsvermögen und Kooperationsfähigkeit.

Auch der namhafte Kritiker der Infektionstheorie, Dr. Stefan Lanka, hält Kooperation und Symbiose für die Grundlage mikrobiologischer Prozesse, Strukturen und deren Evolution. Erkenntnisse wie diese sind jedoch umstritten und werden im etablierten Konsens des

industrialisierten  
Wissenschaftskomplexes derzeit  
nicht anerkannt.

- □ □ **Grundeinkommen:**

# Thema auf Weltsozialforum

Vom 06. bis zum 11. Februar 2011 findet in Dakar (Senegal) das [zehnte Weltsozialforum](#) statt. Unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" fanden seit vielen Jahren Weltsozialforen in verschiedenen Städten

Brasiliens, in Indien und in Kenia statt. Diesmal wird auch über das Grundeinkommen diskutiert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet gemeinsam mit VertreterInnen der BIG-Coalition aus Namibia und weiteren ExpertInnen ein [Seminar](#), um über

Herausforderungen und Chancen eines Grundeinkommens in Nord und Süd zu diskutieren.

Denn nicht nur in Namibia wird nach dem Projekt in Otjivero über die Einführung eines Grundeinkommens debattiert. Auch in

Südafrika, Indien, Iran und in vielen Ländern Europas und Amerikas denkt man über die Einführung eines Grundeinkommens nach. Die Erfahrungen aus dem Projekt in Namibia sind dabei gefragt.

# - ☐ ☐ **Kein** **"Jobwunder" in Sicht**

Das  
Beschäftigungswunder  
sei in Wahrheit keines,  
sagte der Ökonom  
Stefan Kooths vom

Kieler Institut für  
Weltwirtschaft in den  
vdi-Nachrichten.  
Entscheidend sei nicht  
die Zahl der  
Arbeitsplätze, sondern  
das Arbeitsvolumen,  
also die Zahl der pro  
Jahr geleisteten  
Arbeitsstunden. Und die  
liege in Deutschland  
aktuell auf dem Niveau

des Jahres 2000 und der  
Mitte der 90er-Jahre.

Seinerzeit waren es rund  
57,6 Mrd. Stunden.

Kooths: "Damals hat  
niemand das deutsche  
Jobwunder ausgerufen."

Die Ursache für die

steigende  
Erwerbstätigkeit seien  
mehr Teilzeitarbeit und  
Mini-Jobs. Die  
Bruttolöhne je  
Arbeitnehmer sollen laut  
aktuellem  
Jahreswirtschaftsbericht  
der Bundesregierung in  
diesem Jahr um 2,1  
Prozent steigen, die  
Inflation soll bei 1,8

Prozent liegen. Real  
würden dann die Löhne  
um 0,3 Prozentpunkte  
zulegen.

Auch Frank-Jürgen  
Weise,  
Vorstandsvorsitzender  
der Bundesagentur für  
Arbeit, habe in einem

Interview mit Spiegel  
Online prognostiziert,  
dass die Löhne  
"tendenziell" geringer  
ausfallen würden.  
"Langfristig wird es  
sogar mehr Menschen  
geben, die einen  
Zusatzjob oder  
staatliche Zuschüsse  
brauchen", so Weise.

Diese Lohnzuschüsse  
aus Steuermitteln hätten  
sich seit 2005 auf rund  
50 Milliarden Euro  
belaufen, sagte der  
Verteilungsforscher  
Claus Schäfer vom  
gewerkschaftsnahen  
Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftlichen

Institut den  
vdi-Nachrichten. Mit  
ihnen werden die  
Einkommen von  
Niedriglöhnern auf das  
Niveau von Hartz IV  
aufgestockt. Die  
Lohnquote sei seit 1991  
netto, also nach Abzug  
von Steuern und  
Abgaben, von 48  
Prozent auf gut 39

Prozent gesunken,  
berichten die  
vdi-nachrichten weiter.  
Die Lohnquote misst den  
Anteil der Löhne am  
Volkseinkommen.

- □ □ **Kaum**

# **Erholung im Einzelhandel**

**Nach Angaben des  
Statistischen  
Bundesamtes  
(Destatis) erzielte der**

Einzelhandel in  
Deutschland i  
m Dezember 2010  
nach vorläufigen  
Ergebnissen aus  
sieben Bundesländern  
nominal 0,3 Prozent  
mehr und real 1,3  
Prozent  
weniger Umsatz als im  
Dezember 2009. Der

Dezember 2010 hatte mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der Dezember 2009. Im Vergleich zum November 2010 ist der Umsatz im Dezember 2010 unter Berücksichtigung von Saison

- und Kalendereffekten  
nominal und real um  
0,3  
Prozent  
gesunken.

Der Einzelhandel mit

Lebensmitteln,  
Getränken und  
Tabakwaren setzte im  
Dezember 2010  
nominal 0,1 Prozent  
und real 2,7  
Prozent  
weniger um als im  
Dezember 2009.  
Dabei lag der Umsatz

bei den

Supermärkten,

SB

-Warenhäusern und

Verbrauchermärkten

nominal um 0,2

Prozent

höher und real um 2,5

Prozent

niedriger als im  
Vorjahresmonat. Im  
Facheinzelhandel mit  
Lebensmitteln wurde  
nominal 3,3  
Prozent  
und real 5,3  
Prozent  
weniger als im  
Dezember 2009

# umgesetzt.

Der Einzelhandel mit  
Nicht-Lebensmitteln  
erzielte im  
Dezember 2010  
nominal eine

Umsatzsteigerung  
um 0,3 Prozent.  
Real gingen die  
Umsätze um 0,1  
Prozent  
zurück. Nur im  
Internet- und  
Versandhandel  
(nominale  
Steigerung von 3,2

Prozent  
, reale Steigerung  
um 3,0  
Prozent  
) und im  
Einzelhandel mit  
Textilien,  
Bekleidung,  
Schuhen und  
Lederwaren

(nominale  
Steigerung 0,7  
Prozent  
, reale Steigerung  
um 0,4  
Prozent  
) lagen die Umsätze  
nominal und real  
über den Werten des  
Vorjahresmonats.

Im Gesamtjahr 2010  
setzte der  
Einzelhandel als  
Ganzes nach  
vorläufigen  
Berechnungen  
nominal 2,3 Prozent

und real 1,2 Prozent mehr um als im Jahr 2009. In diesem Jahr war der Umsätze nominal um 3,7 Prozent und real um 3,1 Prozent zurückgegangen. Damit hat sich der

Einzelhandel kaum  
erholt, aber  
zumindest  
stabilisiert.

- □ □

# Staatsschulden explodieren

Der Bund der  
Steuerzahler hat

seine Schuldenuhr  
umgestellt. Nach  
Maßgabe der  
öffentlichen  
Planzahlen  
werden die  
Kreditmarktschuld  
en des Bundes,  
der Länder und

der Kommunen im  
Laufe des Jahres  
um 71,9 Milliarden  
Euro auf 1.787  
Milliarden Euro  
steigen. "Die  
deutsche  
Staatsverschuldun  
g wächst in

diesem Jahr mit  
jeder Sekunde um  
durchschnittlich  
2.279 Euro. Das  
ist mehr, als  
mancher  
Steuerzahler pro  
Monat verdient"  
mahnt der

# Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl Heinz Däke.

## Die Kreditmarktschuld

en des Bundes  
sollen in diesem  
Jahr um 48,4  
Milliarden Euro  
steigen. Damit ist  
der Bund erneut  
Schuldentreiber  
Nr. 1. "Ich fordere  
die

Bundesregierung  
auf, ihr  
sogenanntes  
Sparpaket  
nachzubessern.  
Dieses Sparpaket  
besteht in diesem  
Jahr nur zur Hälfte  
aus echten

Einsparungen und  
im Übrigen aus  
Steuer- und  
Abgabenerhöhung  
en. So konsolidiert  
man keinen  
Haushalt", kritisiert  
Däke.

Der Bund der  
Steuerzahler hat  
eine umfangreiche  
Einsparliste für  
den  
Bundeshaushalt  
im

Gesamtvolumen  
von 27 Milliarden  
Euro vorgelegt.  
Die Vorschläge  
umfassen alle  
Politikbereiche.  
Nötig sei die  
Streichung der  
Steinkohlesubventi

onen, des  
Grünlandmilchprog  
ramms, der  
Filmförderung, des  
Branntweinmonop  
ol und  
unwirksamer  
Arbeitsmarktförder  
maßnahmen.

Auch müssten die  
Eurofighter-Stück  
zahlen gesenkt  
und die  
Regionalisierungs  
mittel gekürzt  
werden. Das

Elterngeld sei zu streichen und das Erziehungsgeld wieder einzuführen. „Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Hand kosten in diesem Jahr rund

62 Milliarden Euro  
Zinsen – Tendenz  
stark steigend.

"Das sind 62

Milliarden Belege

dafür, wie

dringend eine

spürbare

Haushaltskonsolidi

erung ist", betont  
Däke.

**Kommentar: Solc  
he Äußerungen  
wiederum zeigen,**

wie wichtig  
Vernunft und  
Aufklärung sind.  
Um nicht länger  
an Symptomen  
herum zu doktern,  
welche die  
eigentlichen

Ursachen der  
Probleme nicht  
antasten und  
zudem auch noch  
verschärfen.

Dabei liegt die  
Lösung nur allzu  
offensichtlich auf

der Hand. Denn  
es gibt aus  
rationaler  
Sichtweise keinen  
Grund dafür, dass  
Staaten  
Kreditmarktschuld  
en haben

müssten, und  
damit zu  
Bittstellern und  
Vasallen des  
Finanzkapitalismu  
s werden

Genauso wenig,  
wie es in einer  
wertschöpfungsba  
sierten  
Fremd-versorgun  
gsökonomie nicht  
auch nur eine  
einzigste rationale

Begründung für  
Sparexzesse gibt.  
Stattdessen wird  
vielmehr liquides  
Kapital und damit  
Kaufkraft in der  
gesellschaftlichen  
Fläche benötigt.

Und ferner ein  
Geldumlaufsicher  
ndes Geld-  
und/oder  
Wirtschaftssystem

▪

Als Einstieg ist  
hier ein  
konsumsteuerfina  
nziertes  
Bedingungsloses  
Grundeinkommen  
das geeignete  
Mittel, mittel- und

langfristig gibt es  
zudem die  
Möglichkeit,  
negative Zinsen  
einzuführen, oder  
den Zins als  
solchen komplett  
zu eliminieren.

Und damit auch  
einen  
Umverteilungsme-  
chanismus, der  
zur permanenten  
Überakkumulation  
vor allem  
illiquiden und rein

fiktiven  
(Spekulations-)Ka  
pitals auf Kosten  
gesellschaftlicher  
Einkommensverte  
ilung führt.

Die Beugsamkeit  
und  
Unterwürfigkeit  
unter das Joch  
des Zinssystems  
ist allerdings ein  
Symptom einer  
masochistischen

Charakterstruktur,  
die nur noch das  
Gefühl  
ohnmächtiger  
Abhängigkeit  
gegenüber einem  
solchen,  
vermeintlich

übermächtigen  
und  
übergeordneten  
System als  
Selbstbestätigung  
und Freiheit  
empfinden kann.  
Neben dem

Zinssystem, das  
Gesellschaft und  
Ökonomie  
systematisch  
ruiniert, ist  
besonders auch  
politisches  
Querulantentum

dieser Art und  
sein  
gleichermaßen  
ruinöser Spar-  
und  
Konsolidierungste  
rror eines der  
zentralen und

# akuten gesellschaftlichen Probleme.

- □ □ Eine

Schuldenökono

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

---

**mie als**

**Herrschaftsordn**

**ung**

- □ □ **Die**

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

---

# Folgen der Zinsknechtscha ft

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

---

# - □ □ Fusion

# von

# **Bundespolizei und Bundeskriminal amt**

Laut  
Gewerkschaft  
der Polizei (GdP)  
will der  
Bundesinnenmini  
ster mit  
"verdächtiger  
Eile" offenbar

eine Fusion von  
Bundespolizei  
und  
Bundeskriminala  
mt  
durchpeitschen.  
GdP-Vorsitzende  
r Bernhard

Witthaut: "Bei  
einem Vorhaben,  
das erhebliche  
verfassungsrecht  
liche Bedenken  
hervorruft, ein  
Sicherheitsgewin  
n nicht

erkennbar ist  
und fast 50.000  
Beschäftigte  
unmittelbar  
betrifft, ist eine  
gründliche  
Diskussion  
notwendig. Ein

solcher  
tiefgreifender  
Veränderungspr  
ozess will genau  
unter die Lupe  
genommen  
werden."

Die  
Gewerkschaft  
der Polizei habe  
dies getan. Der  
GdP-Bundesvors  
itzende Bernhard

Witthaut, der  
Vorsitzende des  
GdP-Bezirks  
Bundespolizei,  
Josef Scheuring,  
und der  
Vorsitzende des  
GdP-Bezirks

Bundeskriminala  
mt, Jürgen  
Vorbeck, laden  
dazu am  
Donnerstag, 3.  
Februar 2011,  
um 11.00 Uhr, in  
der

Bundesgeschäfts  
stelle der  
Gewerkschaft  
der Polizei (GdP)  
in Berlin zu einer  
Pressekonferenz  
ein.

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

---

{jcomments on}